

Feldreben-Sanierung verzögert sich

Feldreben Die Kritiker bezeichnen die neuen Sanierungsvorschläge als «Symptombekämpfung»

VON BORIS BURKHARDT

Der runde Tisch kommunizierte gestern drei Sanierungsvarianten für die Muttenzer Deponie Feldreben, die er bereits am Freitag beschlossen hatte. Zentrales Element der Sanierung ist demnach die Behandlung des kontaminierten Grundwassers im Felsen unterhalb der Deponie. Sie ist in jeder der drei Varianten vorgesehen. Mit «zusätzliche Elementen», wie etwa einem «Teilaushub», will man je nach Variante noch bis zu fünf Jahren zuwarten. Beginn der Sanierungsarbeiten ist laut Mitteilung frühestens im Sommer 2014, weil man diese offensichtlich bereits mit den Bauarbeiten zur Nachnutzung des Areals kombinieren will. Die Grundwasserbehandlung könne eventuell schon früher beginnen.

Für die Kritiker der Allianz Deponien Muttenz (ADM), die weiterhin einen Totalaushub fordern, ist das eine Verschleppung der notwendigen Massnahmen. «Die Sanierungspläne werden immer weniger klar», mo-

**«Für mich zählt nur eins:
Der Dreck muss weg.»**

**Hanspeter Meier, Präsident
Allianz Deponien Muttenz**



Die Muttenzer Deponie Feldreben zwischen Stegacker-, Hofacker und Kriegackerstrasse harret weiter ihrer Sanierung.

BZ-ARCHIV/ HEINZ DÜRRENBARGER

niert ADM-Copräsident Hanspeter Meier: «Anfangs sprach man wenigstens noch von Teilsanierung, heute von «zusätzlichen Elementen.» Der Kanton werfe der ADM vor, mit Einwänden und angedrohten Klagen die Sanierung zu verzögern; jetzt komme die Verzögerung jedoch eindeutig von der Seite der Planer.

Sanierungspläne erst Ende 2013

Bei der ersten Pressekonferenz zur Sanierung im September 2011 war der Beginn der Sanierung in der Tat noch für 2013 vorgesehen. Alberto Isenburg, Chef des Amt für Umweltschutz und Energie (AUE), das als Genehmigungsbehörde der Sanierungspläne fungiert, bestätigt, dass es Verzögerungen gegeben habe. Der neue

Zeitplan sieht nun vor, dass das AUE bis Ende 2013 die Genehmigung erteilen wird. Dazu wird der Runde Tisch, an dem Vertreter beider Basler Kantone, des Chemie-Triumvirats Syngenta, BASF und Novartis sowie der Gemeinde Muttenz sitzen, im Mai einen endgültigen Vorschlag aus den drei Varianten erarbeiten und dem AUE zur Prüfung vorlegen. Wenn das AUE alle gesetzlichen Umweltauflagen erfüllt sieht, wird es den Plan genehmigen und die definitiven Ziele sowie eventuelle Auflagen und die Sicherheitsmassnahmen festlegen. Zuletzt wird auch das Bundesamt für Umwelt (Bafu) den Sanierungsvorschlag prüfen und entschei-

den, ob es bis zu 40 Prozent der Kosten subventionieren wird.

Streit um die Dichte des Felsens

Für die ADM ist die Grundwasserbehandlung im Felsen lediglich eine «Symptombekämpfung»; sie will die «Quelle», sprich: das Material im Boden, beseitigen. «Für mich zählt nur eins: Der Dreck muss weg», sagt ADM-Chef Meier. Im Gegensatz zu «allen Experten», die der Runde Tisch in seiner Mitteilung zitiert, gehen die ADM-Geologen Martin Forter und Walter Wildi nämlich nicht von einem geschlossenen Felsen aus, der die Schadstoffe aufnimmt. Sie schliessen aus ihren Bodenproben, dass das Ge-

stein porös ist und das Wasser samt Schadstoffen nach und nach in den darunterliegenden Muschelkalk sickert, aus dem viele Tiefbrunnen wiederum Trinkwasser ziehen. Das Grundwasser in diesen Tiefen werde nicht mehr mit Rheinwasser verdünnt, gibt Meier zu bedenken.

AUE-Chef Isenburg widerspricht dem Vorwurf der «Symptombekämpfung». Die Grundwasserbehandlung sei absolut notwendig: Im Felsen befinden sich rund 80 Prozent der Schadstoffe. Dieser Prozess der Wäsche werde mehrere Jahre dauern; wann ein Teilaushub erfolgen werde, hänge wie erwähnt von den weiteren Plänen der Nachnutzung ab.

Heimleiter nach 22 Jahren entlassen

Füllinsdorf Der Leiter des Alters- und Pflegeheims Schönthal, Urs Röthlisberger, musste Ende Februar seinen Arbeitsplatz Knall auf Fall räumen.

VON ANDREAS HIRSBRUNNER

Zumindest das abrupte Ende einer fast ein Vierteljahrhundert langen Zusammenarbeit schildern die beiden Seiten gleich: Urs Röthlisberger (57), Leiter des Alters- und Pflegeheims Schönthal in Füllinsdorf seit dessen Eröffnung im Jahr 1991, erhielt in der zweiten Februarhälfte ein Mail vom Präsidenten der Trägerstiftung, René Gröflin. Darin bat dieser Röthlisberger, sich den 25. Februar um 11 Uhr für eine Besprechung zu reservieren. An besagtem Montagmorgen legten dann Gröflin und Andreas Trüssel, als Vertreter des Frenkendorfer Gemeinderats ebenfalls im Stiftungsrat, die Kündigung per Ende August auf den Tisch. Das Ganze reichte man mit der Austrittsvereinbarung an, dass Röthlisberger bis zum 28. Februar das Büro räumt und Unterstützung bei der Suche einer neuen Stelle erhält.

Spagat Ethik-Wirtschaft

Wieso es aber zu diesem Eklat kam, darüber gehen die Meinungen der Beteiligten auseinander. Röthlisberger sagt, dass die Probleme mit dem fast vollständigen Wechsel im Stiftungsrat vor acht Jahren begon-



Urs Röthlisberger muss sich mit 57 Jahren eine neue Stelle suchen. ZVG

nen hätten. Der neue Stiftungsrat, der «vor allem aus Zahlenmenschen» bestehe, interessiere sich in erster Linie für Monats- und Quartalsabschlüsse, weniger aber für inhaltliche Fragen wie Demenz, Palliativ-Care und ausgetrockneten Stellenmarkt. Die Folgen laut Röthlisberger: «Für uns ist der Alltag zu einem Spagat zwischen Ethik, Moral und Betriebsentwicklung einerseits und Ökonomie andererseits geworden.»

Trotzdem habe sich seine Kündigung nicht abgezeichnet und sei für ihn und für das ganze Haus ein «rechter Schock» gewesen. Publik machte sie letzte Woche das Internetportal

«Onlinereports». Der Stiftungsrat selbst vermeldete bis jetzt nichts und belegte das Personal mit einem Maulkorb. Auf diesen verweisen denn auf Anfrage der bz sowohl Röthlisbergers Stellvertreterin Margrit Felix, die jetzt das Heim ad interim leitet, wie auch die Vorsitzende der Personalkommission, Jsabella Moser – und schweigen. Jene, die anonym reden, sagen, dass Röthlisberger beim grössten Teil des Personals und bei den Bewohnern sehr beliebt gewesen sei. Und: «Wir sind alle völlig vor den Kopf gestossen und haben Angst davor, wie es jetzt weitergeht.» Hoch angerechnet wird Röthlisberger, dass

er sich sowohl vom Personal wie auch von den Bewohnern persönlich verabschiedet hat. Zu den Stärken des geschassten Heimleiters gehört denn auch der zwischenmenschliche Umgang. So las er den Bewohnern wöchentlich vor.

Stiftungsrat misstraute Leiter

Röthlisberger befürchtet denn auch, dass sich «die Ökonomisierung des Gesundheitswesens» negativ auf die Bewohner auswirken werde. Die Erwartung des Stiftungsrats, einen Überschuss zu erwirtschaften, liege «quer in der Landschaft einer gemeinnützigen Stiftung ohne Gewinnabsicht», sagt Röthlisberger und fügt bei: «Unser Haus ist schuldenfrei und der Betrieb ist gesund.»

Stiftungsratspräsident René Gröflin andererseits macht zwei Gründe für die Entlassung des Heimleiters geltend: Das Misstrauen des Stiftungsrats sei immer grösser geworden, weil Röthlisberger Zielvereinbarungen nicht eingehalten habe. Und man habe unterschiedliche Auffassungen über die Betriebsführung gehabt. Gröflin: «Der Entscheid des Stiftungsrats hat sich über Monate entwickelt und ich bin mir bewusst, dass er in Anbetracht des Alters und der Verdienste von Herrn Röthlisberger hart ist.» Der Stiftungsrat habe aber auch zu wenig Vertrauen gehabt, den beschlossenen Heimausbau um zwei Dutzend Betten mit Röthlisberger zusammen durchzuführen.

Eine halbe Million Franken für ein Parlament

VON BENJAMIN WIELAND

Münchenstein Er möchte «so etwas nicht mehr erleben». So wird Daniel Altermatt im Protokoll der Gemeindeversammlung Münchenstein vom 8. Dezember 2004 zitiert. Und weil er so etwas nicht mehr erleben wollte, reichte er einen Antrag ein: Den Antrag zur Einführung des Einwohnerrats. Altermatt sitzt mittlerweile für die GLP im Baselbieter Landrat. Aber auch in Münchenstein ist er noch immer politisch aktiv.

Was er damals erlebt hat, daran erinnert er sich, als wäre es gestern gewesen: «Ich habe mich über das Verhalten gewisser Leute an der Gemeindeversammlung aufgeregt. Es kamen über 800 Stimmberechtigte – viermal mehr als üblich.» Das sei nicht das Problem gewesen, so Altermatt, «doch viele kamen nur, um eine einzige Vorlage bachab zu schicken. Danach verliess sicher die Hälfte der Leute den Saal.» Altermatt nennt das «Betroffenheits-Demokratie». Diese ging nach 2004 weiter: Sein Antrag scheiterte an der Gemeindeversammlung mit Stichentscheid des damaligen Präsidenten Walter Banga, danach auch die Initiative relativ knapp an der Urne.

Gemeindepräsident scheut Kosten

Gefreut hat sich Altermatt, als ihm vor rund zwei Wochen eine Einladung von Adil Koller (Juso) und Filip Winzap (BDP) in den Mail-Eingang flatterte. Die beiden Jungpolitiker lancierten einen Runden Tisch und luden dazu die Ortsparteien ein – Thema: Wiedereinführung des Einwohnerrats (die bz berichtete). «Ich habe die Veranstaltung besucht», sagt Altermatt «und ich werde den beiden mit Rat und Tat zur Seite stehen.»

Auch beim Gemeindepräsidenten Giorgio Lüthi (CVP) stösst die Neulancierung des Einwohnerrats auf offene Ohren: «Ich finde die Idee gut. Wir müssen das prüfen.» Er kennt aber auch den grossen Nachteil eines Parlamentsbetriebs: die hohen Kosten. Lüthi schätzt den Aufwand auf 300 000 Franken, im Einführungsjahr wäre sogar eine halbe Million nötig – für Renovationen, Berater, Mikrofone, Pulte. «Diesen Betrag schätzte die Verwaltung im Vorfeld der Abstimmung 2006», so Lüthi.

**Laut Münchensteins
Gemeindepräsident
Giorgio Lüthi würde die
Einführung des Einwohnerrats eine halbe
Million Franken kosten.**

Auch Adil Koller hat schon von dieser Zahl gehört. Er erachtet sie aber als «massiv zu hoch» geschätzt: «Mit den heutigen Stundenansätzen kommen wir bei zwölf Sitzungen im Jahr und mit vierzig Einwohnerrats-Mitgliedern auf einen Bruchteil dieser Zahl.»

Einen Anhaltspunkt bietet eine Schätzung aus Birsfelden: Auch dort wollten Einwohner 2011 den Einwohnerrat wieder einführen. Für das erste Jahr rechnete die Verwaltung mit 270 000 Franken, danach würde der Parlamentsbetrieb jährlich mit 170 000 Franken zu Buche schlagen. Dabei gilt es zu beachten: In Birsfelden plante man mit 30 Sitzen – in allen anderen Gemeindeparlamenten im Kanton sitzen aber 40 Abgeordnete. Die Birsfelder Modellrechnung wäre für Münchenstein also eher aufzurufen.

Werden die Kosten ausgeblendet, stechen aber auch für Lüthi die Vorteile des Parlaments hervor: «Die Gemeindeversammlungen werden nur noch von etwa 80 bis 120 Leuten besucht. Voll ist das Kultur- und Sportzentrum nur noch, wenn viele Leute direkt betroffen sind.» Genau das hofft Daniel Altermatt nicht mehr zu erleben. Und Lüthi wohl auch nicht.